

**KLOSTER EBERBACH**

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
VORSITZENDER DER KONRAD-  
ADENAUER-STIFTUNG  
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

## „Was uns leitet – zum geistigen Profil christlicher Demokratie“

24. April 2007

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ihre Einladung ehrt mich, und Ihre Einladung freut mich. In einer Reihe – Herr Wagner hat sie genannt – mit Andreas Schockenhoff, Hans-Joachim Meyer, Paul Kirchhoff, Norbert Lammert und auch Arnulf Baring sprechen zu dürfen, ist eine Ehre.

Ich bedanke mich für die sehr freundliche Vorstellung, vor allem aber dafür, dass Sie an die Aufgaben der Konrad-Adenauer-Stiftung erinnert haben. Zu wenige in Deutschland nehmen zur Kenntnis, was das heißt, in mehr als 70 Ländern der Welt für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit werben zu dürfen.

Und Sie waren auch so freundlich, an die Buchpublikation [Deutschland aus der Vogel-Perspektive] zu erinnern. Ich mache nur darauf aufmerksam, damit kein Missverständnis eintritt: Das ist kein Buch der großen Koalition! Es gibt zwar drei Artikel, die wir gemeinsam verantworten – und wer meinen Bruder kennt, weiß, wie schwierig so etwas ist. Es gibt aber darüber hinaus Kapitel, die nur einer geschrieben hat oder wo wir unterschiedliche Meinungen vertreten. Denn die eigentliche Zielsetzung ist, deutlich zu machen: Es lohnt sich, ein Leben für die Politik zu leben. Und es lohnt sich auch, wenn man unterschiedlicher Meinung ist, weil es auch Gemeinsamkeiten gibt. Die Unterschiede werden nicht geleugnet, aber die Zeiten, wo wir Beitrittserklärungen unserer jeweiligen Partei bei uns hatten, sind vergangen. Da ist Hopfen und Malz verloren – bei meinem Bruder. Aber mein Bruder würde sagen, auch bei mir. Nein, es geht darum, deutlich zu machen: Für diesen Staat lohnt es, dass man sich für ihn enga-

giert. Besser in einer anderen Partei als gar nicht! Das ist die Botschaft dieses Buches.

Nun ehrt es mich, nicht nur der anderen Redner dieser Reihe wegen, sondern weil die hessische CDU-Landtagsfraktion eingeladen hat. Es ist ja schon gesagt worden: Die sorglosesten Jahre meines Lebens habe ich in Hessen verbracht, meine Kindheit. Wenn ich mich nicht irre, das freut mich besonders, ist der heutige Oberstudiendirektor der Schule, die ich in Gießen besucht habe, heute unter uns. Und es freut mich, weil ich zunächst 25 Jahre vom Westen und dann zwölf Jahre vom Osten versucht habe, die gute Nachbarschaft zu Hessen zu pflegen, vor allem aber, weil ich seit den Tagen von Alfred Dregger bis heute, bis Roland Koch, in der hessischen CDU einen Eckpfeiler der Verlässlichkeit und der Geschlossenheit in der deutschen Christlich Demokratischen Union sehe – ein wahrhaft vorbildlicher Landesverband. Ich wünschte, es gäbe mehr davon. Und meine Bitte ist, dass Sie alles tun, dass das so bleibt. Die CDU Deutschlands braucht die CDU Hessens. Sind Sie sich dessen bitte auch für die Zukunft bewusst!

Die Freude, bei Ihnen sprechen zu dürfen, findet allerdings, zumal nach Ihrer Ankündigungen, Herr Dr. Wagner, an der Herausforderung, mit der mich das Thema meines Vortrags konfrontiert, eine natürliche Grenze: Was leitet uns? Ist es allzu vermessen, hier in Kloster Eberbach eine Verbindungslinie zwischen den beinahe 1.000 Jahre alten Zisterziensern und unserem geistigen und politischen Standort und unserer geistigen und politischen Heimat der CDU zu ziehen?

Die Zisterzienser sind entstanden, weil sie die Benediktiner reformieren wollten. Sie

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

**KLOSTER EBERBACH**

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
VORSITZENDER DER KONRAD-  
ADENAUER-STIFTUNG  
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

24. April 2007

sind entstanden, weil sie den Aufbruch in ein neues Zeitalter wollten, sie wollten überlieferten Traditionen durch erneuerte Grundsätze zu neuer Klarheit verhelfen. Das war ihr Thema. Und das wollten auch die Väter und Mütter unserer christlich demokratischen Idee auf dem materiellen und geistigen Trümmerhaufen, den der Nationalsozialismus in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg hinterlassen hatte.

Und im Grunde wollen wir das auch heute, wenn wir daran gehen, uns ein neues Grundsatzprogramm zu geben, angesichts – und das ist der eigentliche Grund, warum es diese Diskussion gibt – neuer epochaler Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Wir brauchen das neue Programm nicht, weil wir neue Grundsätze brauchen; wir brauchen das neue Programm, weil wir neue Antworten auf Herausforderungen brauchen, die es so 1994, als das Hamburger Programm, und 1978, als das Ludwigs-hafener Programm verabschiedet wurde, noch nicht gab.

Und deswegen wollen wir uns Zeit nehmen, über die Baugesetze unserer Gesellschaft und über die Baugesetze der christlich demokratischen Bewegung nachzudenken. Wir wollen über die Frage diskutieren, wie wir – um den Osnabrücker Bischof Bode zu zitieren – auch den möglichen Erdbeben der Zukunft standhalten können. Denn die eigentlichen Herausforderungen, die das neue Jahrhundert mit sich bringt, kennen wir noch gar nicht. Wir müssen nicht nur gerüstet sein für das, was uns heute bedrängt, sondern wir müssen auch den Erdbeben der Zukunft standhalten können. Und deswegen die Frage: Was leitet uns? Was prägt das geistige Profil der christlichen Demokratie? Ich glaube, wenn man darüber nachdenkt, dann sind es drei Fähigkeiten, die die Union zu einer bestimmenden geistigen und politischen Kraft in Deutschland gemacht haben.

Das war zunächst unsere Integrationskraft. Wir haben die christlich soziale, die wertkonservative und die liberale Tradition der deutschen Parteiengeschichte zusammengeführt. Und wir haben uns Union genannt, weil wir eine Union von evangelischen und katholischen Christen sein wollten. Eine

ökumenische Partei ist entstanden, lange bevor in den Kirchen die ökumenische Bewegung begonnen hat. Die Union ist im politischen Bereich vorangegangen, die Kirchen sind – Gott sei Dank – dann gefolgt.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer, ländliche und städtische Bevölkerung, die unterschiedlichsten sozialen Schichten haben zusammgefunden und haben den Kampf gegeneinander, den Geist des Klassenkampfes, der die Weimarer Republik durchzogen hatte, überwunden. Nicht die gegen den Gegner geballte Faust, sondern die ausgestreckte Hand ist unser Symbol geworden. Eine föderale Union der Regionen ist nach dem Zerfall der Vor- und Übermachtstellung Preußens in Deutschland entstanden.

Und zweitens: unsere Kraft zur Modernisierung! Die Union war insbesondere in der Gründerzeit der Bundesrepublik dadurch geprägt, dass sie nach den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus und der von ihm verschuldeten politischen und gesellschaftlichen Katastrophe einen neuen Aufbruch wagte. Es war doch nicht selbstverständlich, dass man 1945/46 einen neuen Aufbruch wagte – da gehörte sehr viel mehr Mut dazu als alle Herausforderungen, die heute zu bestehen sind. Und wir wollten Deutschland in den Kreis der freien Völker der westlichen Demokratien führen und dadurch letztlich die Wiedervereinigung ermöglichen. Wir haben es ja gerade im Gedenken an 50 Jahre Römische Verträge gefeiert.

Und die Union hat einem Wirtschaftssystem zum Durchbruch verholfen, das uns, leider zuerst nur im Westen Deutschlands, zu Wohlstand führte und uns bis heute in aller Welt Bewunderung und Faszination einbringt.

Mit anderen Worten: Wir wollten die zweite Chance nutzen, eine fest fundierte demokratische Ordnung in Deutschland aufzubauen. Und wir können doch, glaube ich, nach 60 Jahren sagen: Wir haben diese zweite Chance genutzt. Ich glaube, das ist nicht überheblich, sondern das ist eine realistische Bilanz nach 60 Jahren.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

**KLOSTER EBERBACH**

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
VORSITZENDER DER KONRAD-  
ADENAUER-STIFTUNG  
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

24. April 2007

Und schließlich, drittens: unsere Kraft zur Bewahrung und zur Erneuerung! Wir haben uns vom christlichen Menschenbild, von unserer Überzeugung, dass der Mensch nach dem Ebenbild Gottes geschaffen ist, und dass darum die Würde des Menschen unantastbar ist, leiten lassen. Und wir haben uns von der evangelischen Sozialethik und der katholischen Soziallehre leiten lassen. Es ist keine Frage: Die Prinzipien dieser beiden Grundpositionen prägen unser Grundgesetz, prägen die Präambel mit der Anrufung Gottes und prägen die ersten 19 Artikel mit ihren Grundrechten.

Niemand steht mehr für diese Profilierung der Union als Konrad Adenauer, dessen 40. Todestag wir in diesen Tagen gedacht haben. Kurt Sontheimer, der nicht im Verdacht steht, ein besonderer Freund der CDU zu sein, urteilt voller Hochachtung, dass die Adenauer-Ära zum Ausgangspunkt einer Erfolgsgeschichte geworden sei, wie sie keinem deutschen Staat der Vergangenheit beschieden gewesen war. Sicher, Adenauer war ein Mann des taktischen Geschicks, er verstand sich meisterhaft auf die Realpolitik und zuweilen auch auf kluge Taktik. Aber er war doch vor allem ein Mann mit einem klaren weltanschaulichen Fundament, das den Orientierungsrahmen für sein konkretes politisches Handeln abgab.

Sein Blick für den einzelnen, für die Person, sein Vertrauen in die Fähigkeit des einzelnen Menschen und seinen Willen, sie zur Entfaltung zu bringen, bildet den Eckpunkt seines Koordinatensystems. Und er hat eine Selbstverständlichkeit verinnerlicht, die manchem aktuellen Finanzpolitiker heute immer wieder aus dem Blick zu geraten droht: die Erkenntnis nämlich, dass nur eine florierende Wirtschaft die Steuereinnahmen sichert, mit deren Hilfe staatliche Sozialleistungen zu finanzieren sind.

Staatliches Handeln muss an klaren Normen und an einem nachvollziehbaren Ordnungsrahmen ausgerichtet und muss kalkulierbar sein. Carl Jacob Burckhardt hat das kurz nach dem Tod Adenauers in einem Brief an Carl Zuckmayer – an den man ja hier im Rheingau erinnern darf – eindrucksvoll beschrieben. Ich zitiere Burckhardt: „Die

Grundgefahr demokratischer Staatsformen, entweder in Anarchie zu versinken oder zur Diktatur zu führen, hat er [Adenauer] dadurch überwunden, dass er die Staatsautorität an ihren richtigen Platz stellte und durch seine mächtige Persönlichkeit von Erfolg zu Erfolg rechtfertigte. In einem Chaos unfruchtbarer theoretischer Erörterungen hat er dem nachgerade Seltensten, dem gesunden Menschenverstand, zum Sieg verholfen.“

Der Sieg des gesunden Menschenverstands und der Sieg christlicher Werte führten zum Sieg des bürgerlichen Gesellschaftsmodells. Konrad Adenauer hat die Eckpfeiler einer bürgerlichen Kultur, die Sie in Ihrer Veranstaltungsreihe dankenswerterweise thematisieren, weil Sie den Mut haben, „bürgerliche“ Kultur zu sagen, hat durch sein politisches Handeln diesen Eckpfeiler verkörpert. „Die Christen glauben nicht an die Utopie eines irdischen Paradieses, das Staat oder Gesellschaft oder Politik produzieren kann. Sie sind von der Endlichkeit, der Fehlbarkeit, der Sündhaftigkeit des Menschen überzeugt“, ein Satz des Historikers Thomas Nipperdey. Konrad Adenauer hat das in seinem typisch rheinischen Idiom, das ich nicht beherrsche, sehr viel einfacher gesagt: „Wir müssen die Menschen so nehmen, wie sie sind; wir kriegen keine andern.“

Es mag eine Binsenwahrheit sein, aber Binsenwahrheiten, die man vergisst, sind verloren. Meine Großmutter berief sich, wenn sie mir etwas anwies, nicht auf irgendein Gesetz, sondern sagte: „Kind, das tut man nicht!“ Und das ist abhanden gekommen. Als der 91jährige Adenauer, nachdem er sein Amt niedergelegt hatte, einen amerikanischen Journalisten in seinem Refugium im Bundesrat empfing, fragte der Journalist: „Herr Bundeskanzler, wie sehen Sie die Zukunft Deutschlands?“ Adenauers Antwort: „Mit Sorge.“ Auf die Frage des Journalisten „Warum?“, die Antwort auf rheinisch: „Das will ich Ihnen sagen, hier an diesem Fenster hat sich ein Vogel mit seinem Kot verewigt. Vor fünf Tagen habe ich meiner Sekretärin gesagt, das muss weggemacht werden. Vor drei Tagen habe ich sie gefragt, warum es noch nicht weggemacht ist. Haben Sie es

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

**KLOSTER EBERBACH**

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
VORSITZENDER DER KONRAD-  
ADENAUER-STIFTUNG  
MINISTERPRÄSIDENT A. D.

24. April 2007

denn nicht der Putzfrau gesagt? Doch, war die Antwort der Sekretärin, aber die Putzfrau hat gesagt, das ist die Zuständigkeit des Fensterputzers.“

Wenn man über diese kleine Geschichte nachdenkt, weiß man, was es heißt, Schwierigkeiten, mit denen wir leben müssen, zu bestehen. „Das tut man nicht.“ Wenn das wieder eine Grundlage wäre, bräuchten wir auch weniger Gesetze.

Der christliche Realismus, um zum Zitat von Nipperdey zurückzukehren, setzt nicht nur Schranken gegen politische Träume vom perfekten Menschen, sondern auch Schranken dagegen, dass der Mensch sich zum Schöpfer erhebt. Nicht alles, was uns technisch und wissenschaftlich möglich ist, ist uns deswegen auch erlaubt. Eine an diesem Menschenbild orientierte Politik kann niemals einen totalen oder gar einen totalitären Anspruch auf ihre allumfassende Gestaltung beanspruchen. Politik darf sich den Menschen nicht total verfügbar machen. Darum kann es nach unserer Überzeugung eben auch keine christliche Politik geben, weil diese ebenfalls mit einem totalitären Anspruch gestalten würde, wohl aber kann es christliche Politiker geben. Annette Schavan hat es vor ein paar Tagen besonders treffend formuliert, und so steht es übrigens auch in der Ziffer drei des Programmtextes unseres Grundsatzprogramms: „Aus christlichem Glauben lässt sich kein bestimmtes politisches Programm ableiten. Politisches und Christliches können nur dann füreinander fruchtbar werden, wenn sie sich voneinander unterscheiden und in solcher Unterscheidung Impuls füreinander werden.“

Wir haben in der Konrad-Adenauer-Stiftung einen Kreis von renommierten evangelischen und katholischen Sozialethikern zusammengeworben, und sie haben ein Grundsatzpapier mit dem Titel „Im Zentrum Menschenwürde“ erarbeitet. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass eine Partei, die sich auf das christliche Menschenbild beruft, wissen muss „welche grundlegende und umfassende Bedeutung diesem Leitkonzept für alle Bereiche ihrer politischen Verantwortung zukommt, etwa für das Verhältnis der Kul-

turen und Religionen zueinander, für Religions- und Gewissensfreiheit, für Bioethik und Genforschung, für Wirtschafts- und Sozialpolitik, für Bildungs- und Erziehungspolitik“.

Die konsequente Ausrichtung am christlichen Menschenbild ist nicht nur der Rahmen unseres politischen Handelns, sondern auch ein Stück weit der Stachel in unserem eigenen Fleisch, der Forderung zum aktiven Gestalten von uns selbst, das „C“ bleibt ein Ärgernis für jene, die versuchen, sich der Kompliziertheit und Differenziertheit des politischen Alltags und des damit verbundenen Widerstreits der Interessen und Erwartungen zu entziehen. Gleichermaßen gilt das für jene, die Pluralismus mit Beliebigkeit verwechseln und damit geistige Führung durch die Politik aufgeben.

Unser Bekenntnis zum „C“ – das sollten wir bitte nie vergessen – ist kein Anspruch, sondern ist eine Verpflichtung, die wir übernommen haben. Das haben nicht alle verstanden, gelegentlich sogar nicht einmal alle Kardinäle.

Wir in der Union suchen in Streitfragen zu oft allein nach der pragmatischen, taktischen Lösung und zu selten wird aus unserem Bild von Menschen auch ein Bild von unserer Gesellschaft. Es ist sehr gut, dass wir alle technischen modernen Möglichkeiten nutzen, um zu wissen, was die Leute denken. Es ist aber nur die halbe Aufgabe der politischen Führung, das zu tun, was die Leute heute oder morgen auf der Straße wollen, denn morgen oder übermorgen werden sie etwas anderes wollen. Politik ist nicht nur Umsetzung wechselnder Wünsche, sondern Politik ist auch Führung und Gestaltung. Anders und einfacher ausgedrückt: Wer den Wählern nur nachläuft, sieht sie immer nur von hinten.

Ich erinnere an das klassische Beispiel aus dem Jahre 1953, einer Zeit, als Herr Neumann und Frau Noelle begannen, Umfragen zu machen, und Felix von Eckardt, der Pressesprecher Adenauers im Frühjahr, zu Adenauer kam und sagte: Herr Bundeskanzler, 88 Prozent der Bevölkerung lehnt die Wiederbewaffnung Deutschlands ab. Sie sollten davon Abstand nehmen, denn im Herbst

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

**KLOSTER EBERBACH**

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
VORSITZENDER DER KONRAD-  
ADENAUER-STIFTUNG  
MINISTERPRÄSIDENT A. D.

24. April 2007

sind Bundestagswahlen. Und Adenauers klassische Antwort, natürlich auch in rheinisch: Nein, Herr von Eckardt, ich werde nicht davon ablassen, aber Sie werden viel Arbeit bekommen. Und das Ergebnis war: Das erste Mal absolute Mehrheit der Mandate im Deutschen Bundestag.

Ich plädiere dafür, dass man dem Wähler aufs Maul schaut, aber ich plädiere noch mehr dafür, dass man politische Führung nicht aufgibt, sondern dazu da ist, von einer als richtig erkannten Auffassung die Mehrheit der Wähler zu überzeugen und sich nicht nur von der Mehrheit von wechselnden Wünschen überzeugen zu lassen.

Ich nenne für das, was ich sagen wollte, ein Beispiel: Viele, auch in den Reihen unserer Partei, sind der Auffassung, dass das Ziel, langfristig wieder Vollbeschäftigung in Deutschland zu erreichen, absurd sei, eine Forderung von gestern sei, die nicht mehr in die Zeit passe und man sich deshalb von diesem Wunsch verabschieden müsse. Ich bin der Überzeugung, und wir haben das im Grundsatzprogramm entworfen klar formuliert, dass uns das christliche Menschenbild dazu verpflichtet, uns nicht damit abzufinden und auch in Zukunft nach Wegen zu suchen, wie wir Menschen in das Erwerbsleben und in Beschäftigung zurückbringen können, weil Arbeit nicht nur Broterwerb, sondern auch ein Stück Lebenserfüllung ist. Das heißt, unser Bild von der Gesellschaft wieder deutlicher herauszuarbeiten, ist ein wichtiger Impuls für die Bearbeitung unseres Grundsatzprogrammes, von dem ich spreche.

Das Programm von 2007, das im Sommer als Entwurf verabschiedet und auf dem Parteitag Anfang Dezember in Hannover endgültig beschlossen werden soll, wird nicht christlicher sein als die vorhergehenden Programme, aber es wird anders als das Programm von 1994 in den einzelnen Themenbereichen, ausgehend von den Eingangskapiteln, deutlicher machen, welche Rolle das christliche Menschenbild für die konkrete Politik der Union spielt.

Warum führen wir denn die gegenwärtige Grundsatzprogrammdiskussion? Warum wird sie, wie die Konrad-Adenauer-Stiftung

im Rahmen einer repräsentativen Befragung von rund 8000 Parteimitgliedern ermittelt hat, von über 80 Prozent der Mitglieder begrüßt? Ich glaube, das hat drei Gründe:

Erster Grund: Wir dürfen die Tatsache, dass wir bei der letzten Bundestagswahl, höflich gesagt, schlecht, unhöflich gesagt, saumäßig abgeschnitten haben, nicht dauerhaft verschweigen, sondern müssen bei aller Freude, dass wir die Kanzlerin stellen, die Gründe dafür analysieren.

Nicht nur die Union, beide große Volksparteien können mit dem Ergebnis der letzten Bundestagswahl nicht zufrieden sein. Die Ränder des politischen Spektrums werden stark und stärker. Die Linkspartei und die Rechtsradikalen gewinnen, die Wahlbeteiligung geht vor allem bei Landtags- und Kommunalwahlen zurück. Noch so sinnvolle Lösungsvorschläge für tagesaktuelle Fragen allein reichen nicht aus. Die Menschen wollen nach meiner Überzeugung zu Recht auch wissen, was denn die Grundsätze sind, nach denen die politisch Gestaltenden die Zukunftsfragen beantworten – die heute erst in Umrissen erkennbar sind – was unsere Zukunftsziele denn sind. Wer langfristige Perspektiven benennen, wer ein Zukunftsbild unseres Landes und auch ein Zukunftsbild von Europa entwerfen kann, wer Vertrauen schaffen und tatsächlich zu Zukunftsanstrengungen motivieren will, der darf nicht nur sagen, welcher Deckel auf welchen Topf gehört, sondern der muss die Grundsätze benennen und den Kern seiner Überzeugung klar und trennscharf freilegen – er muss nachweisen, dass er über ein klares Konzept verfügt.

Tun wir das nicht, dann wird unser Handeln beliebig und dann dürfen wir uns nicht wundern, dass auch das Wahlverhalten der Bürger beliebig wird. Das hängt miteinander zusammen! Wenn man eine Partei nicht mehr wegen ihrer Grundausrichtung wählt, sondern nur, weil sie in irgendeiner aktuellen Frage gerade dieses oder jenes Loch zumachen verspricht, der wird auf Dauer keine wirklich überzeugende Wählerschaft haben und der wird auch keine Partei mit einem klaren Kompass haben – das ist der

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

**KLOSTER EBERBACH**

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
VORSITZENDER DER KONRAD-  
ADENAUER-STIFTUNG  
MINISTERPRÄSIDENT A. D.

24. April 2007

erste Grund, warum wir das Parteiprogramm diskutieren.

Der zweite Grund ist: Wir mussten eine große Koalition eingehen, nicht, weil wir oder die Sozialdemokraten das wollten, sondern weil uns die Wähler schlechterdings keine andere Wahl ließen. In dieser Koalition besteht die Gefahr, dass der Wähler das Koalitionsabkommen für das neue Parteiprogramm hält und vergisst, dass eine Koalition ein Zweckbündnis auf Zeit ist – eine Einigung über Aufgaben, über die man sich einigen kann, und ein Ausklammern von Aufgaben, über die man sich nicht einigen kann. Es gibt ein paar Dinge, die sehr wohl auf den Weg gebracht worden sind: die Föderalismusreform, die Konsolidierung des Haushalts, ja sogar die Gesundheitsreform – es glaube doch niemand, das wäre mit der FDP leichter geworden. Und abgesehen davon habe ich gelernt, wenn alle gegen etwas protestieren, kann es gar nicht so schlecht sein; schlimm ist es nur, wenn nur ein Teil dagegen protestiert.

Aber es ist doch auch keine Frage – wir haben Dinge ausklammern müssen, die dringend gefordert sind. Beispielsweise ist es unserer Vorstellung nach unsinnig, dass wir aus unsichereren Kernkraftwerken aus dem Ausland Strom beziehen und sicherere Kernkraftwerke in Deutschland abschalten. Das ist einfach unsinnig! Also: Wir müssen auf die Unterscheidbarkeit unseres Profiles achten – gerade weil und nicht obwohl wir in einer großen Koalition sind.

Und es gibt einen dritten Grund, warum wir diese Diskussion führen müssen: Auch wenn mich da vorsichtige Skepsis leitet, wie nachhaltig diese Tendenz ist, besteht für mich keine Frage, dass wir gegenwärtig eine zunehmende Hinwendung gerade auch der jungen Generation zu Fragen nach den Werten in unserer Gesellschaft erleben. Oder ist es nicht bemerkenswert, dass ein Komiker ein Buch schreibt über eine Wallfahrt, das sich millionenfach verkauft, dass sich ein ZDF-Journalist mit seinem Buch „Schluss mit lustig“ an die Spitze der Verkaufslisten stellt, dass der Herausgeber vom Cicero, Herr Weimar, mit dem schlichten Titel „Cre-do“ erstaunliche Auflagen erreicht? Hier än-

dert sich etwas, und ich bin ganz sicher, in Kürze wird das Buch des Papstes über Jesus alle Verkaufsrekorde schlagen.

Es scheint mir mit Händen greifbar, dass Familie kein Gedöns mehr ist, dass über Elite zu sprechen nicht als nationalsozialistisches Erbe difamiert wird und dass es nicht mehr tabu ist, über Werte zu reden. Dabei will ich über die Inhalte der Bücher gar nichts sagen, sondern nur über die Aktualität des Themas. In einer solchen Situation wäre es sträflich und wider alle Vernunft, wenn die Union diese spürbare Entwicklung nicht nutzen würde. Wer sich um Werte bemüht, setzt nicht nur auf den gesellschaftlichen Trend, sondern er hat vor allem die Chance, dass seine Politik als Konsequenz einer eigenen und damit auch unterscheidbaren Wertorientierung wahrgenommen wird.

Das heißt allerdings nach meiner Überzeugung nicht, dass die Werte, die die Union seit ihrer Gründung prägen, deswegen jetzt neu formuliert oder neu gewichtet werden müssten. Nein, ich bin dafür, dass es bei den drei Grundwerten bleibt – Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit – und dass wir keine Rangfolge dieser Werte anstreben. Weil nicht jeder weiß, was eine Priorität ist, sprechen ja viele von der ersten Priorität.

Nach unserer Auffassung, und die Parteivorsitzende hat das in den vergangenen Jahren auf Parteitagen mehrfach angesprochen, ist eben Freiheit nicht denkbar ohne Solidarität und nicht denkbar ohne Gerechtigkeit, und Gerechtigkeit ist nicht ohne Freiheit denkbar, und Solidarität nicht ohne Gerechtigkeit vorstellbar. Wir haben deshalb im Identitätskapitel des Programms, im Einleitungskapitel, klar formuliert, dass diese drei Grundwerte einander erfordern und ergänzen, und das wird beispielsweise am Begriff der Gerechtigkeit besonders deutlich.

Natürlich ist das Symbol der Gerechtigkeit die Justitia mit verbundenen Augen, die keinen Unterschied zwischen den Menschen macht. Weil aber die Grundwerte nach unserem Verständnis eben einander erfordern und ergänzen, gehört für uns zur Gerechtigkeit auch, dass wir Gleiches gleich und Un-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

**KLOSTER EBERBACH**

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
VORSITZENDER DER KONRAD-  
ADENAUER-STIFTUNG  
MINISTERPRÄSIDENT A. D.

24. April 2007

gleiches ungleich behandeln. Gerechtigkeit sorgt dafür, dass die Freiheit des einzelnen, die Freiheit des einen, nicht zur Unfreiheit des anderen werden darf.

Das heißt zum Beispiel in der Bildungspolitik – und da hat ja Hessen so eine besondere Vergangenheit, obwohl kaum jemand den adligen Kultusminister mehr kennt, der mir zehn Jahre das Leben schwer gemacht hat. In der Bildungspolitik zum Beispiel heißt dieser Grundsatz, dass alle gleiche Startchancen haben sollten – und davon sind wir in der Tat weit entfernt. Übrigens eines der wenigen Dinge in der PISA-Studie, die man wirklich ernstnehmen sollte. Im Übrigen gleicht sie dem schiefen Turm von Pisa, weil sie Dinge miteinander vergleicht, die nicht vergleichbar sind. Da mag Japan abschneiden, wie es will, ich möchte kein japanisches Bildungswesen in Deutschland. Und außerdem – Finnland in Ehren, aber Bayern läge vor Finnland, wenn es einzeln ausgewiesen würde, nur ist Hamburg weit hinter Finnland, und Bremen noch weiter.

Also: gleiche Startchancen ja, aber es heißt nicht, dass wir bei unterschiedlichen Begabungen alle auf das gleiche Niveau trimmen müssten. Der Ausgangspunkt muss gleich sein, nicht das Ziel! Wer uns weismacht: Wenn es die Schule nur richtig machte, könnte jeder Universitätsprofessor werden, sagt uns eine schreckliche Zukunft voraus. Gott sei Dank brauchen wir neben Universitätsprofessoren auch Handwerksmeister, und wir brauchen auch eine Elite bei den Handwerksmeistern, und wir brauchen auch Krankenpfleger, und es schadet auch nichts, wenn wir eine Elite bei den Politikern haben.

Die Gleichwertigkeit, die Gleichrangigkeit der Grundwerte darf nicht angetastet werden. Insofern ist es falsch, von einem neuen Grundsatzprogramm zu sprechen. Fortgeschrieben muss es werden, weil es eben seit der Verabschiedung des letzten Grundsatzprogrammes 1994 in Hamburg neue Herausforderungen zu bewältigen gibt. Ich nenne nur als Beispiele den demographischen Wandel, die Bedrohung der Schöpfung durch die gegenwärtig besonders diskutierten Stichworte: Klimawandel, Globalisierung der Welt, Terrorismus als anonyme

neue Kriegsgefahr, Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft.

Was muss dieses Grundsatzprogramm enthalten?

Erstens, das Grundsatzprogramm muss gemeinsame Überzeugungen der CDU beschreiben, damit das Profil der Partei erkennbar ist, das Programm muss eines klarstellen: Wir müssen wissen, wer wir sind, und man muss wissen, wer wir sind.

Zweitens, das Programm muss den Zusammenhalt der Partei stärken, es muss sie einigen. Das Parteiprogramm hat eine integrierende Wirkung nach innen zu erfüllen.

Und drittens, das Grundsatzprogramm muss auf seine vorhersehbare Zukunft anwendbar sein, das heißt, es muss eine aufgabenorientierende Wirkung für das politische Handeln von dem Programm ausgehen. Es muss eine langfristige Perspektive aufzeigen. Es ist kein Wahlprogramm, es geht um die eigene Identität, aber nicht zuletzt auch um die Frage, was uns von den Programmen anderer Parteien unterscheidet. Weil nun beide große Volksparteien, übrigens auch die CSU – die ist ja regional bedingt auch eine große Volkspartei, von der wir nur hoffen können, dass sie so stark bleibt, wie sie war. Mit einer starken CSU hat die CDU manchen Kummer, aber mit einer schwachen hätten wir viel mehr Kummer. Wir können nur allerbeste Wünsche sagen.

Also weil beide großen Volksparteien gegenwärtig Grundsatzprogramme diskutieren, geht es darum, Unterschiede, Unvergleichbarkeiten der CDU im Vergleich zur SPD klar festzuhalten. Und deswegen frage ich, Sie haben es vorhin schon einleitend ja angesprochen: Wo liegen diese Unterschiede?

Verfolgt man nur journalistische Kommentare und schaut man nur dem einen oder anderen Politikwissenschaftler auf den Mund, die mit schöner Permanenz den Untergang der Volksparteien predigen, dann scheinen sich die Unterschiede zwischen den Parteien nahezu aufgelöst zu haben. Ich wundere mich nur, dass wir trotzdem in der großen

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

#### KLOSTER EBERBACH

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
VORSITZENDER DER KONRAD-  
ADENAUER-STIFTUNG  
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

24. April 2007

Koalition dauernd streiten. Wenn das eine zutrifft, kann das andere ja nicht sein.

Es wird gesagt, die SPD habe in den Augen der öffentlichen Meinung längst die Begriffshoheit über die Soziale Marktwirtschaft errungen und damit einen Terminus gekapert, der wie kaum ein anderer für die Grundüberzeugung der Union steht. Von der CDU hingegen wird gesagt, sie sozialdemokratisiere sich.

Ich kann nur sagen: so ein Unsinn! Wer so etwas sagt, verkennt, dass die CDU immer eine ebenso wirtschaftsorientierte wie sozialpolitische Kraft war, und vergisst, dass alle wesentlichen sozialpolitischen Entscheidungen der letzten 60 Jahre von ihr getroffen und in ihrer Verantwortung in Deutschland durchgesetzt worden sind.

Der Leiter der Arbeitsgruppe Staat und Gesellschaft in der Grundsatzprogrammkommission, Herr Dr. Christean Wagner, könnte, was ich jetzt sage, vermutlich noch überzeugender darlegen als ich: Ich jedenfalls sehe einen der fundamentalen Unterschiede zur SPD in unserem anderen Verständnis vom Staat. Wenn man es philosophisch und sehr zugespitzt formulieren wollte, es ist der Unterschied zwischen Kant und Hegel. Oder anders gesagt, konkret gesagt: Sozialdemokraten sprechen in ihrem Programm von einem vorsorgenden Staat, das heißt, der Staat denkt voraus und weiß, was die Menschen brauchen, und weiß, was den Menschen guttut. Für uns kommt der Mensch nicht nur mit seinen Bedürfnissen, sondern auch in seiner individuellen Leistungsfähigkeit vor dem Staat. Für uns ist der Staat für den Menschen da, und nicht der Mensch für den Staat! Und das ist ein gravierender Unterschied.

Die notwendige sozialstaatliche Daseinsvorsorge darf nicht zur Entmündigung durch den Staat führen. Konzepte, wie der vorsorgende Sozialstaat, die der DGB-Vorsitzende Sommer auf einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung bemerkenswerterweise vor allem deshalb kritisiert hat, weil im Programmentwurf der SPD jede Aussage zu dessen Finanzierung fehlt. Der vorsorgende Staat hemmt letztlich die Leistungs-

fähigkeit des Einzelnen und die Entfaltung solidarischen Engagements. Oder um es in einem praktischen Bild zu zeigen: In meiner Gießener Zeit gab es noch kein Fernsehen, aber es gab den Zirkus, und wenn der zum Oswaldsgarten kam und wir Kinder ihn besuchen durften, dann war nichts so erregend wie die Künstler im Trapez ganz oben. Und wenn einer runterfiel, dann fiel er in ein Netz, und das hat ihn vor Schaden bewahrt. So dicht muss das Netz für den sein, der Hilfe braucht, aber: Ich habe keine Aufführung im Zirkus in Gießen erlebt, bei der der Artist, der in das Netz fiel, bis zum Ende der Vorstellung drin liegen blieb! Sondern er hat es so rasch wie möglich wieder verlassen! Und das ist der Unterschied: nicht das Netz weniger dicht knüpfen, sondern Anlass schaffen, dass man das Netz, wenn es einen gesichert hat, aus eigenem Antrieb wieder verlässt. Das ist die soziale Seite der Sozialen Marktwirtschaft, und nicht das Aufstellen von möglichst vielen Netzen und immer gefährlichere Übungen, damit immer mehr Leute reinfallen.

Unser Bild vom Staat ist das Bild eines starken Staates – das Wort werden Sie im SPD-Programm sicher nicht finden! –, eines starken Staates, der die Sicherheit seiner Bürger garantiert und der die Schwachen schützt. Es ist das Bild eines Staates, der Eigeninitiative fördert, statt sie zu blockieren, ein Staat – um Herrn Wagner zu zitieren –, in dem selbstbewusste und engagierte Bürger in Freiheit und Verantwortung leben können. Wir wollen, um es noch einmal zu unterstreichen, einen starken Staat. Wir wollen keinen Nachwächterstaat, aber wir wollen keinen allgegenwärtigen Staat. Entbürokratisierung heißt nicht in erster Linie Personalabbau, sondern heißt in erster Linie Aufgaben- und Regelungsabbau. Erst dann kann man auch Personal abbauen. Das heißt auch: Nicht alles durch Gesetze regeln und verbieten zu müssen.

Das unterscheidbare Profil klar zu formulieren war für uns in dem ersten Kapitel des Grundsatzprogramms, für das ich in der Arbeitsgruppe „Identität“ verantwortlich war, wichtig. Dabei hatten wir den klaren Auftrag, mit diesem Kapitel behutsam und sensibel umzugehen, auch weil uns klar war,



Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

**KLOSTER EBERBACH**

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
VORSITZENDER DER KONRAD-  
ADENAUER-STIFTUNG  
MINISTERPRÄSIDENT A. D.

24. April 2007

dass jede Veränderung in diesem Teil zu '94 und '78 unsere Kritiker mit Argusaugen verfolgen würden. Wir haben eine Überarbeitung vorgenommen, eine Straffung – der Text des '94er Programms war, um es salopp zu formulieren, uns ein bisschen zu geschwätzig. Einige Änderungen haben wir allerdings vorgenommen, und zwar ganz bewusst: Wir bekennen uns selbstverständlich, wie die früheren Programme, zum christlichen Menschenbild als ethische Grundlage für verantwortliche Politik, und wir betonen, dass die Union für jeden offen ist, der die Würde und Freiheit aller Menschen anerkennt und die hieraus folgenden Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht.

Jetzt folgt ein Satz, der in dieser Form neu ist, ich zitiere: „Auf diesem Fundament baut das gemeinsame Handeln von Christen, Andersgläubigen und Nichtglaubenden in der CDU.“ Im alten Programm war an dieser Stelle ausgrenzend nur von Christen und Nichtchristen die Rede. Wichtig war mir auch zu betonen, dass unsere Identität nicht nur die Identität der Gründer in der westdeutschen Bundesrepublik einschließt, sondern auch die friedliche Revolution von 1989 und die Überwindung der kommunistischen Diktatur in der DDR. Das wird im Westen Deutschlands leider immer noch gelegentlich vergessen.

Und neu ist ferner, dem gewaltigen Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit Rechnung zu tragen. Wir sind der Versuchung nicht erlegen, Sicherheit zu einem Grundwert zu erklären. Aber wenn die Grundwerte, die wir haben, verwirklicht sind und wenn sie im richtigen Verhältnis zueinander stehen, ist auch das Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit erfüllt – einer Sicherheit, die die innere und äußere Sicherheit ebenso umfasst wie die soziale Sicherheit und übrigens immer mehr auch die kulturelle Sicherheit. Die Liebe zum eigenen Land, das Bewusstsein von christlichen Traditionen, die Achtung von Ehe und Familie sind unabdingbar für ein umfassendes Verständnis von Sicherheit.

Wer sind wir? Wie definieren wir unsere Zusammengehörigkeit in unserem Vaterland? Was heißt das, dass wir eine gemeinsame

Vergangenheit haben, dass wir eine Schicksalsgemeinschaft sind? Die Antwort auf diese Frage haben wir in den Mittelpunkt des zweiten Teils des ersten Kapitels im Grundsatzzprogramm gestellt. Und das war eine besondere Herausforderung, weil es ein solches Kapitel in dieser Form in einem CDU-Grundsatzzprogramm bislang nicht gegeben hat. Was wir versucht haben, ist nicht mehr und nicht weniger als die Formulierung eines Leitbildes für Deutschland, in dem der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Chance auf freie Entfaltung der Person im Mittelpunkt stehen. Und ich will deswegen aus diesem, wie ich finde, sehr wichtigen Kapitel ein paar wesentliche Sätze zitieren: „Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft hat sein Fundament in unserer Zusammengehörigkeit als Nation. Unsere gemeinsame Sprache und Geschichte und das Leben und Handeln in einem gemeinsamen Nationalstaat begründet ein elementares Zusammengehörigkeitsgefühl, zu dem wir uns bekennen.“ Und darauf folgt der Satz, der mir auch persönlich am Herzen liegt. „Wir bekennen uns ohne jede Überheblichkeit zu unserer schwarz-rot-goldenen Fahne, zu unserer Nationalhymne und zu Symbolen der Demokratie und der deutschen Einheit.“

Wenn das dann in der Umsetzung auch heißt, dass in den Schulen die Nationalhymne gelernt und auch gesungen wird, dann hätten wir auch ein Stück Umsetzung erreicht. Ich war vor ein paar Wochen in Südafrika zu einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Ich habe die Kultusministerin dort besucht – eine Hanna-Renate Laurien in schwarz, voller Power. Die Dame hat mir ein Buch darüber mitgegeben, wie man den südafrikanischen Kindern die nationalen Symbole erklärt. Da ist der Text der Nationalhymne abgedruckt, da sind die Noten abgedruckt, da ist ein bisschen Geschichte enthalten. Ohne Überheblichkeit bekennen wir uns zu unserer Nationalhymne und zu den Symbolen der Demokratie, zu denen ich beispielsweise neben dem Brandenburger Tor die Wartburg zählen möchte oder das Hambacher Schloss oder die Paulskirche.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

**KLOSTER EBERBACH**

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
VORSITZENDER DER KONRAD-  
ADENAUER-STIFTUNG  
MINISTERPRÄSIDENT A. D.

**24. April 2007**

„Die Nation“, soll es weiter im Programm heißen, „ist eine Verantwortungsgemeinschaft für die Vergangenheit, für die Gegenwart wie für die Gestaltung der Zukunft“. Jeder, der zu uns kommt und auf Dauer bei uns bleiben will, ist aufgefordert, sich mit diesem Land und seiner Geschichte vertraut zu machen und seinen Weg in die nationale Verantwortungsgemeinschaft zu finden. Ohne Patriotismus, ohne die Bereitschaft in Heimat und Nation Pflichten zu erfüllen, Verantwortung zu übernehmen und Solidarität zu üben, kann ein Staat nicht gedeihen.

Wir verbinden diesen Text mit dem deutlichen Hinweis darauf, dass man stolz sein kann – auf die Geschichte, auf die Leistungen, die wir Deutsche in den letzten fünfzig Jahren in Wissenschaft, Kunst und Wirtschaft und Politik erbracht haben. Die Eingliederung von zwölf Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen muss uns erst jemand in der Welt nachmachen. Die Behebung eines Großteils der Schäden der deutschen Teilung – muss uns auch erst jemand vormachen.

Wir bekennen uns, zu den letzten fünfzig Jahren, aber auch zu unserer langen Geschichte! Und dann wird fortgesetzt, dass zu unserer Identität auch gehört, dass wir die schlimmen und beschämenden Jahre unserer jüngsten Geschichte zu dauernder Mahnung bewusst halten, sie nicht verdrängen und sie wegen ihrer Einmaligkeit gegen nichts aufrechnen. Patriotismus heißt auch, hier Verantwortung zu übernehmen.

Wichtig war uns auch, die Grundlagen unseres Zusammenlebens klar anzusprechen, und dazu gehört eben die Beherrschung der deutschen Sprache, aber auch den Mitbürgern achtungsvoll zu begegnen und zu Leistung und Verantwortung bereit zu sein. Ich will nur am Rande erwähnen, dass ich hoffe, dass der Wunsch nach der Beherrschung der deutschen Sprache so verstanden wird, dass er sich nicht nur an Migranten richtet. Sie haben mich verstanden, und ich füge deswegen nur hinzu, wer Englisch lernen kann, soll Englisch lernen, und wer Deutsch lernen will, soll Deutsch lernen, aber er soll aus beidem keine Mischmasch-Sprache ma-

chen. Das wird übrigens weder der deutschen noch der angelsächsischen Kultur gerecht.

Besondere Aufmerksamkeit verdient in meinen Augen schließlich der Satz: „Unsere politische Kultur ist geprägt von Besonderheiten der deutschen Geschichte, wie die föderale und die konfessionelle Tradition, das besondere Verhältnis zwischen Staat und Kirche oder die Verantwortung, die den Deutschen aus den Verbrechen des Nationalsozialismus auch für die Zukunft erwächst.“ Es wird dann – und ich weiß, dass Sie, verehrter Herr Wagner, das ausdrücklich begrüßen – zusammengefasst als deutsche Leitkultur bezeichnet, die es mit Leben zu erfüllen gilt. Man spürt, Sie waren dabei.

Im folgenden Kapitel werden die wesentlichen, von mir bereits angesprochenen Herausforderungen, vor denen wir gegenwärtig stehen, genannt. Ich will das jetzt nicht mehr im Einzelnen tun. Ich will nur in dem Bereich, in dem ein anderer Hesse, nämlich Herr Boddenberg federführend tätig ist, in den Herausforderungen der Globalisierung, noch darauf hinweisen, dass ich es für wichtig halte, dass dieser Abschnitt über die Globalisierung ebenso wie andere Abschnitte die Lösungsansätze mit einem optimistischen Grundton verbunden werden und nicht mit einem negativen Grundton. Wer alles negativ sieht, lähmt sich selbst, etwas zu ändern.

Selbstverständlich birgt die Globalisierung Risiken, aber sie birgt eben auch Chancen, und für mich gehört zum Profil einer christlich demokratischen Partei, die sich an der Würde des Menschen orientiert, ein klares Bekenntnis: Wir haben in Europa über Jahrhunderte von der mangelnden Globalisierung profitiert. Wir dürfen, wenn wir uns dem Ziel verpflichtet fühlen, doch nicht hinnehmen, dass in Zukunft nur eine kleine Minderheit in der Welt menschenwürdig lebt und Hunderttausende in anderen Erdteilen täglich verhungern. Für mich gehört es zu den Chancen der Globalisierung, diesen Zustand zu überwinden. Für mich gehört es zu den Chancen der Globalisierung, dass ein

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

**KLOSTER EBERBACH**

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
VORSITZENDER DER KONRAD-  
ADENAUER-STIFTUNG  
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

**24. April 2007**

junger Inder und eine junge Brasilianerin gleiche Chancen haben wie junge Deutsche.

Wir Deutschen müssen den Wettbewerb akzeptieren. Der setzt allerdings voraus, dass wir nicht zwei Stunden später aufstehen und eine Stunde früher zu Bett gehen, sondern dass wir diesen Wettbewerb auch annehmen.

Weil mich aber nun Herr Wagner zu einem Vortrag und nicht zu einem mehrtägigen Seminar eingeladen hat, will ich mich zu den folgenden Sachkapiteln im Einzelnen jetzt nicht mehr äußern – obwohl auch sie eine Menge Zündstoff enthalten, wenngleich ich die Kapitel, die ich behandelt habe, für die wichtigeren halte.

Ich will nur hier das Stichwort Bioethik ansprechen. Und natürlich das Stichwort Ehe und Familie. Es ist sehr erfreulich, dass über Familie viel diskutiert wird, aber sehr bedenklich, dass das Wort Ehe fast nicht mehr vorkommt. Die Ehe steht auch im Grundgesetz, und es gibt außerdem auch Leute, die eine Ehe eingehen, weil daraus eine Familie werden soll.

Ich persönlich habe mit der ganzen Familiendiskussion erhebliche Schwierigkeiten, weil doch eigentlich klar sein müsste: Wie jemand seine Familie führt, ist seine ureigenste Sache! Der Staat muss ermöglichen, dass die eine Familie darin besteht, dass sich ein Ehepartner der Erziehung der Kinder widmet, und aber auch darin bestehen kann, dass beide berufstätig sind. Der Staat hat nicht das Recht, dem einen den Vorrang vor den anderen zu geben, und wir haben nicht das Recht, das eine mit dem Stichwort vom Heimchen am Herd zu verteufeln und das andere mit dem Stichwort von der Rabenmutter.

Auch das Stichwort „Neuverschuldung“ ist so eine Sache, über die noch viel diskutiert wird – die Steuerzahler sind für ein Neuverschuldungsverbot, die Ministerpräsidenten sind dagegen, das muss ausgefochten werden. Und auch hier gilt: Ein Grundsatzprogramm ist keine Spielwiese für Utopisten. Wir müssen von der überhohen Neuverschuldung runterkommen, und es ist unverant-

wortlich, dass, weil jetzt ein paar Euro mehr in die Kasse kommen, wir schon wieder alles vergessen, was wir vorher gesagt haben. In Wahrheit ist doch nur die Neuverschuldung abgesenkt worden. Von der Rückzahlung der alten Schulden kann keine Rede sein!

Aber gleichzeitig sage ich: Wenn wir etwa 1990 nicht in der Lage gewesen wären, den Russen Geld zu geben, damit die heimkehrenden russischen Soldaten aus Deutschland ein Dach über den Kopf bekommen, dann wären sie heute noch da. Und dafür Schulden zu machen, war doch berechtigt, und das dürfen wir uns doch jetzt nicht vorwerfen lassen von denen, die sich nicht mehr erinnern wollen, was damals der Fall war.

Als ich in Thüringen anfang, standen noch 80.000 russische Soldaten allein in Thüringen, und alle vier Wochen erschien der Oberkommandierende und hat mir vom Abzug berichtet. Sie haben ihn pünktlich eingehalten, sie haben allerdings auch alles mitgenommen, was nicht niet- und nagelfest war.

Also weil Herr Wagner mir durch die Einladung zu einem Vortrag Frist gesetzt hat, lassen Sie mich nur noch einmal auf den gewagten Hinweis zu Beginn auf die Zisterzienser zurückkommen, die sich bekanntlich auf die Lehren des heiligen Benedikt beziehen haben: Dieser Patron Europas hat den festen Boden der Tradition und Überlieferung zur Grundlage gehabt, er hat aber auch Verantwortung und Veränderungen kraftvoll gewagt und sich, weiß Gott, den Herausforderungen der Zukunft gestellt. Benedikt war kein Verwalter, sondern Benedikt war, ein Modernisierer, und er hat mit anderen um seine richtige Überzeugung gekämpft. Er hat seinen Gestaltungsauftrag ernst genommen und damit frischen Wind in die Debatte gebracht, getreu dem benediktinischen Wahlspruch, den ich großartig finde: Zu unserer Tradition gehört es, fortschrittlich zu sein; unseren Fortschritt verdanken wir einer großen Tradition.

Wenn die Union zu ihrer Grundlage macht, fortschrittlich zu sein, aber betont, den

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.**

**KLOSTER EBERBACH**

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
VORSITZENDER DER KONRAD-  
ADENAUER-STIFTUNG  
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

**24. April 2007**

Fortschritt einer großen Tradition zu verdanken, ich glaube, dann muss uns nicht bange sein. Konrad Adenauer hat gesagt: „Wenn die anderen glauben, man sei am Ende, so muss man erst richtig anfangen.“ Wenn es uns gelingt, diese Kraft des Aufbruchs auf dem Boden der Tradition lebendig zu halten, dann mache ich mir keine Sorge um die Zukunft dieser Volkspartei. Das hängt aber allerletztlich nicht vom Programm allein ab, sondern auch von den Männern und Frauen, die dieses Programm gestalten und die nach diesem Programm die Politik gestalten – in den Gemeinden, in den Ländern und in der Bundesrepublik und zunehmend auch in Europa.